

Am 1. Mai will die linke Szene wieder die Villen im Grunewald besuchen

von KLAUS KELLE

BERLIN – „Burn Bratwurst not Porsches“ – unter diesem Motto wollen „Künstler und Aktionsgruppen“ am 1. Mai durchs Villenviertel Grunewald ziehen. Darüber berichtet heute die *Berliner Zeitung*. In den linksradikalen Kreisen der Hauptstadt bildet man sich viel ein auf das, was man dort Humor nennt. So auch dieses Mal. Im „sozial abgehängten Bezirk“ werde man „Begegnungszonen“ einrichten, heißt es über die Demo, die um 13 Uhr am S-Bahnhof Grunewald starten soll.

Ernstesten Themen wie den steigenden Mieten und der wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in Berlin will man nicht mehr mit Konzepten und frischen Ideen begegnen, sondern mit Lautsprecherwagen, Punkmusik, Perücken und lustigen Klamotten. Linke sind heute längst nicht mehr das, was sie mal waren...

Auch im vergangenen Jahr hatten die Veranstalter des Spaß-Umzugs schon in den Grunewald eingeladen. Angemeldet waren 200 Teilnehmer, es kamen bis zu 5.000. Autos, Hauswände und Stromverteilerkästen wurden beschädigt. Die Polizei nahm 58 Sachbeschädigungen auf. Nächste Woche will die Polizei starke Kräfte zusammenziehen, um die Lage unter Kontrolle zu halten. Die Polizei hat ja auch nichts anderes zu tun. Und nachts dürfte erneut das übliche Krawalltheater in Kreuzberg und anderswo ausarten. Und wieder sind es die Polizisten, die ihren Kopf für solche Events hinhalten müssen.

Große Unternehmerin und Rallyefahrerin: Heidi Hetzer im Alter von 81 Jahren gestorben

BERLIN – „Sie war zu Hause in ihrer Wohnung in Berlin, als es geschah.“ Mit diesen Worten informierten ihre beiden Kinder die Berliner heute über den Tod eine der bekanntesten Frauen der Metropole: Heidi Hetzer. 81 Jahre alt wurde die langjährige Chefin eines der größten Opel-Häuser in Berlin. Ihre Reisen rund um den Globus hatten zuletzt vier Millionen Menschen in den sozialen Netzwerken verfolgt.

Heidi Hetzer hatte das, was man „das Herz auf dem rechten Fleck“ nennt. Die gelernte Kfz-Mechanikerin hatte schon im Alter von 31 Jahren das Autohaus ihres Vaters übernommen. Von 1969 an entwickelte sie es zu einem der größten Autohäuser in der Millionenstadt. Als Rallye- und Oldtimerfahrerin gewann sie mehr als 150 Preise.

Michael Müller (SPD), Regierender Bürgermeister in Berlin, würdigte die erfolgreiche Unternehmerin: „Heidi Hetzer hat den Traum geträumt, mit dem Auto um die Welt zu fahren, und diesen Traum hat sie sich erfüllt. Sie war mit dem Berlin-Wimpel am Kotflügel unterwegs, und sie ist erst recht als Person eine einzigartige und sympathische Botschafterin unserer Stadt gewesen.“ Nach einer Umrundung des Erdballs wurde sie im März 2017 vor dem Brandenburger Tor von ihren Berlinern begeistert gefeiert.

Über die Todesursache von Heidi Hetzer gibt es noch keine zuverlässigen Aussagen. Aber es soll sich nach Angaben ihres

Sohnes und ihrer Tochter wahrscheinlich um einen altersbedingten Herzinfarkt oder einen Schlaganfall gehandelt haben.

Gefährliche Frisuren: Abfuhr für die Schnüffel-Stiftung:

NEUKÖLLN – Der Neuköllner Jugendstadtrat Falko Liecke (CDU) darf auch in Zukunft öffentlich von der Nutzung der im Internet verfügbaren Broschüre „Ene mene muh – und raus bist Du!“ der linksextremen Amadeu-Antonio-Stiftung der früheren Stasi-Spitzelin Anetta Kahane abraten. Das hat jetzt das Verwaltungsgericht Berlin in einem Eilverfahren entschieden. Die Stiftung, üppig aus Steuermitteln gefördert, hatte angestrebt, Liecke Aussagen über die Broschüre untersagen zu lassen.

In der Skandal-Broschüre wird zur – na klar – Bespitzelung in Kitas aufgerufen, um festzustellen, welche Kinder wohl aus vermeintlich „rechten Elternhäusern“ stammen. Mädchen mit Zöpfen zum Beispiel seien da verdächtig. Nach dieser kruden Weltsicht könnte also auch zum Beispiel die schwedische Umweltaktivistin Greta Thunberg als rechts-verdächtig angesehen werden. Gutes Benehmen, Handarbeit, körperliche Fitness – alles Verdachtsmomente in den Augen der Schnüffel-Stiftung.

Liecke hatte öffentlich geäußert, dass die Spitzel-Broschüre zwar Vorurteile bekämpfen wolle, aber selbst welche schüre.

Wohl wahr...

Die Schnüffel-Stiftung kann jetzt gegen den Beschluss noch das Rechtsmittel der Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg einlegen.

Am Tag danach saßen die Täter wieder im Bus

SPANDAU – Bei der Fahndung nach drei Männern, die am 12. August vergangenen Jahres gegen 22 Uhr eine Frau sexuell angegriffen haben, hat die Polizei Fotos veröffentlicht, die zwei der Täter zeigen sollen. Die Tat ereignete sich an der Bushaltestelle Alt-Pichelsdorf im Ortsteil Wilhelmstadt. Die Männer hielten die Frau fest und schlugen sie. Als der Bus kam, flüchteten sie in Richtung Südpark.

Als die Frau am nächsten Tag wieder im Bus der Linie 136 saß, sah sie zu ihrer Überraschung, dass zwei der Täter ebenfalls im Bus saßen. Sie waren an der Haltestelle Weißenburger Straße eingestiegen.

Hinweise erbittet das Landeskriminalamt unter der Rufnummer 030-4664-913401.

Schmierentheater: Tas beugt sich einem Urteil, das er angeblich nicht kennt

von KLAUS KELLE

BERLIN – Es ist eine große Farce, die gerade im politischen Berlin abgezogen wird. Mitte Dezember war der Abgeordnete Hakan Tas (Die Linke) mit 0,9 Promille Alkohol im Blut nicht nur mit seinem Mercedes herumgefahren (*berlin.jetzt berichtete*), sondern er war auch gegen eine Laterne geknallt und hatte Fahrerflucht begangen. Sein Pech: Polizeibeamte, die nicht im Dienst waren, sahen das, folgten ihm und stellten den Politiker. Die Begegnung in der Dezembernacht soll unangenehm gewesen sein, weil Tas keine Blutprobe zulassen wollte.

So weit so schlecht. Auch nach dem Ereignis fuhr der Linke weiter Auto. Das durfte er aufgrund seiner parlamentarischen Immunität. Dann hob das Abgeordnetenhaus Tas' Immunität für weitere Ermittlungen auf. Fahren unter Alkoholeinfluss und Unfallflucht – für jeden Bürger wäre der Schein erstmal weg gewesen. Die Polizei regte selbst an, den Führerschein einzuziehen. Aber die Berliner Staatsanwaltschaft lehnte das ab. Spannende Frage: Warum eigentlich? Weil Tas Abgeordneter einer der Regierungsparteien in Berlin ist?

Und nun, vier Monate nach der Tat, will Tas seinen Führerschein „freiwillig“ abgeben. Freiwillig?

In der vergangenen Woche beschloss ein Richter, den Führerschein von Tas vorläufig einzuziehen, wie der *Tagesspiegel* berichtete. Tas aber behauptet, er wissen davon nichts, habe keinen Bescheid des Gerichts erhalten. Und um das Ganze noch lächerlicher zu machen, erklärte Benedikt Lux, Innenexperte des grünen Koalitionspartners, der Genosse Tas beuge sich der Gerichtsentscheidung, „noch bevor sie ihm

wirksam zugestellt“ worden sei. Man möchte hinzufügen: Wie kann sich Tas einer Entscheidung beugen, die er nach eigener Aussage gar nicht kennt?

Es sind Trickserien wie diese, die immer mehr Wähler dazu bringen, sich angeekelt abzuwenden von solchem Polittheater...

Unbekannte schänden die Gräber ermordeter Polizisten in Neukölln

NEUKÖLLN – Es ist einfach nur widerwärtig: Unbekannte haben vergangene Woche die Gräber zweier ermordeter Berliner Polizisten – Roland Krüger und Uwe Lieschied – auf dem Friedhof am Buckower Damm geschändet. Sie beschmierten den Grabstein Krügers mit einem roten Hakenkreuz, rissen Blumen heraus und Lieschieds Grabstein um.

Der SEK-Beamte Roland Krüger war im April 2003 getötet worden, als er bei einem Einsatz im Neuköllner Rollbergviertel die Wohnung einer polizeibekanntem kurdisch-libanesischen Großfamilie stürmte. Dabei wurde er von Yassin A. erschossen. Der wurde wegen Mordes zu 15 Jahren Haft verurteilt und ist inzwischen wieder auf freiem Fuß. Als A. 2018 in den Libanon abgeschoben werden sollte, stoppte ein Berliner Gericht die Abschiebung des Mörders.

Hauptkommissar Uwe Lieschied (42) war zusammen mit zwei Kollegen im März 2006 als Zivilfahnder in Neukölln unterwegs. Sie kamen dazu, als zwei Männer dabei waren, in der Flughafenstraße eine Frau zu berauben. Als sie den Täter aufforderten, stehen zu bleiben, schoss der sofort aus kurzer

Distanz acht Mal und tötete Leischied.

Innensenator Andreas Geisel (SPD) sprach angesichts der Schändung der Gräber von einer „niederträchtigen Tat“. Man werde alles tun, die Täter zu fassen.

Säugling bei Verkehrsunfall schwer verletzt

WEDDING – Ein vier Monate alter Säugling wurde gestern Abend bei einem Verkehrsunfall im Wedding schwer verletzt. Auf der Müllerstraße kam es gegen 19 Uhr zum Frontalzusammenstoß zwischen einem Lkw und dem Auto einer 31-Jährigen. Nach Polizeiangaben hatte der Lkw-Fahrer den entgegenkommenden Peugeot beim Abbiegen in die Barfußstraße übersehen. Auf dem Beifahrersitz der 31-jährigen Mutter lag der Säugling in einer Babyschale. Beim Aufprall wurden die Airbags ausgelöst, die auch den Säugling trafen und verletzten. Die Frau erlitt Kopf- und Nackenschmerzen. Mutter und Tochter wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Lkw-Fahrer blieb unverletzt.

Keiner redet Klartext: Warum musste Tas den Führerschein

nicht abgeben?

BERLIN – Die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus lässt nicht locker. „Wie gestaltet sich die staatsanwaltschaftliche Praxis bei Sicherstellung und Beschlagnahme von Fahrerlaubnissen zur vorläufigen Entziehung gem. § 111a StPO, wenn dringende Gründe für die Annahme vorliegen, dass die Fahrerlaubnis entzogen werden wird (§ 69 StGB), also z.B. bei Verstößen gem. § 316 StGB und § 142 StGB, in Berlin dar und weshalb wird bei einer Trunkenheitsfahrt, bei der ein Promillewert von 0,9 vorgelegen haben soll und eine Straßenlaterne beschädigt wurde, von einer Sicherstellung und Beschlagnahme der Fahrerlaubnis in Berlin abgesehen?“ Das wollte der Abgeordnete Marc Vallendar jetzt in der Fragestunde wissen. Hintergrund der Frage ist natürlich der Fall des Linke-Abgeordneten Hakan Tas, der alkoholisiert gefahren ist, einen Unfall mit Sachschaden verursachte und dann Fahrerflucht beging. Nicht nur in der Berliner Polizei fragen sich Manche, wieso der Führerschein von Tas nach Feststellung des Sachverhalts nicht eingezogen wurde.

Justizsenator Behrendt (Bündnis 90/Die Grünen, Foto) antwortete sinngemäß: Beschlagnahme und Sicherstellung der Fahrerlaubnis könne ab 0,5 Promille angeordnet werden. Im konkreten Fall sei dies aber nicht erfolgt. Ein Aufhebung der Immunität sei nicht geplant. Das war schon bekannt, aber warum wurde die Fahrerlaubnis nicht beschlagnahmt? Diese entscheidende Frage blieb unbeantwortet.

Vallendar (AfD): „Es ist vollkommen unverständlich, dass Hakan Tas offensichtlich anders behandelt wird, als jeder andere Berliner und auch als andere Abgeordnete.“ Damit spielt er offenbar auf die Ermittlungen in einem Streit um Unterhaltszahlungen

gegen den Oppositionspolitiker Marcel Luthe (FDP) an, dessen Immunität damals erstaunlich schnell aufgehoben wurde. Bei Tas passiert dagegen nichts, obwohl er schon mehrfach auffällig

wurde, nicht nur als betrunkenener Unfallfahrer.

2018 hatte sich der Linke an einer illegalen Sitzblockade gegen eine angemeldete Protestdemonstration gegen islamistisch motivierten Frauenhass beteiligt. Es besteht demnach der Verdacht auf Versammlungsblockade, die mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft wird. Das Tat wird jedoch auch in diesem Fall anscheinend nicht verfolgt.

Müller gratuliert dem Einstein Center Digital Future

BERLIN – Elektronische Textilien, Cyberkriminalität, KI-basierte Verfahren in der Medizin oder Sicherheit im Radverkehr: Am Einstein Center Digital Future (ECDF) forschen Wissenschaftler*innen aus unterschiedlichen Disziplinen gemeinsam zu Fragen der Digitalisierung. Seit der Eröffnung im April 2017 hat sich das ECDF zum Wegbereiter und Motor der Digitalisierungsforschung in Berlin entwickelt. Gestern feierte das Forschungszentrum seinen zweiten Geburtstag.

Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD, Foto) gratulierte zum Jahrestag: „Das ECDF ist ein richtiger Berliner Senkrechtstarter. Es trägt maßgeblich dazu bei, dass unsere Stadt bundesweit die Spitzenstellung in der Digitalisierung einnimmt und auch international Impulse setzen kann. Nicht zuletzt spielt das ECDF eine wichtige Rolle als Wegbereiter für die Entwicklung neuer Initiativen und die Stärkung der Kooperation am Innovationsstandort Berlin.“

Kind eines Berliner AfD-Politikers darf nicht auf Waldorfschule

BERLIN – Eine Berliner Waldorfschule (Foto), die im vergangenen Herbst das Kind eines AfD-Politikers zur Aufnahme in die Schule abgelehnt hatte, hat rechtmäßig gehandelt. Das beschied jetzt die Schulverwaltung des Senats. Begründung: Grundsätzlich hätten Privatschulen das Recht, sich ihre Schüler selbst auszusuchen. Beschränkungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gebe es nur in Fällen der „Benachteiligung aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft“.